



Sechs Länder, ein Ziel

dpa | Meldung vom 13.06.2022



Klasse 4

Skopje (dpa) - Wer die jüngsten Staaten Europas besuchen möchte, muss von Deutschland aus nach Südosten fliegen. Sie liegen auf der Balkan-Halbinsel, zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer. Gerade war der deutsche Kanzler Olaf Scholz dort. Von einem Land flog er zum nächsten und zum nächsten und zum nächsten.

Die Länder sind deswegen so jung, weil sie vorher zu einem größeren Staatengebilde gehört haben, nämlich Jugoslawien. Doch ab dem Jahr 1991 zerfiel Jugoslawien. In den meisten Teilen wurde damals abgestimmt und die Menschen

entschieden: Wir wollen eigenständig sein! Weil aber nicht alle Anführer damit einverstanden waren, brachen danach mehrere Kriege aus. Schließlich aber bekamen die Staaten ihre Unabhängigkeit, zuletzt das Kosovo im Jahr 2008.



Die sechs Länder des westlichen Balkans, also auf der Mittelmeeraseite, wollen nun gerne in die Europäische Union, kurz EU. Das ist ein Staatenverbund aus 27 Ländern, auch Deutschland ist dabei. Auch die ganzen Länder rund um den Westbalkan sind schon Mitglieder. In der EU zu sein, hat viele Vorteile. Zum Beispiel fallen Kontrollen für Waren weg, das hilft der Wirtschaft. Außerdem können die Leute einfacher in anderen Ländern arbeiten. Und ärmere EU-Länder bekommen Geld von der EU, etwa für neue Fabriken und Straßen.

Olaf Scholz findet: "Der westliche Balkan gehört in die Europäische Union." Dafür müssten sich die Staaten aber auch bemühen, die Voraussetzungen zu erfüllen. Zum Beispiel muss dort das gleiche Recht für alle gelten und die Medien die Möglichkeit haben, frei zu berichten. "Ich möchte alle ermuntern, mit größtem Mut und größter Kraft daran zu arbeiten, dass diese Fortschritte möglich werden", sagte Olaf Scholz. "Es lohnt sich."

Allen sechs Westbalkan-Staaten wurde ein Beitritt in die EU schon vor vielen Jahren in Aussicht gestellt. Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Albanien sind mittlerweile Kandidaten dafür. Das Kosovo und Bosnien-Herzegowina warten noch darauf. Nun soll bei einem EU-Treffen noch in diesem Monat darüber gesprochen werden, wie es weitergeht.